



Landesarbeitsgemeinschaft
der Industrie- und Handels-
kammern des Landes
Brandenburg

PRESSEMITTEILUNG

Ansprechpartner
Janine Mahler
Detlef Gottschling
Norma Groß

E-Mail
janine.mahler@cottbus.ihk.de
detlef.gottschling@ihk-potsdam.de
gross@ihk-ostbrandenburg.de

Datum
6. Mai 2020

Nr. 43/2020

IHKs Brandenburg: Politik muss Verantwortung für schnellstmöglichen Neustart übernehmen

Die Industrie- und Handelskammern Cottbus, Ostbrandenburg und Potsdam begrüßen die heutigen Bundesländer-Abstimmungen zu weiteren Lockerungen und die Übertragung der Verantwortung dafür an die Länder.

Für den Tourismus und die Gastronomie fordert die regionale Wirtschaft nun von der Landesregierung eine klare Perspektive für die Wiederöffnung. Brandenburg hat jetzt die Chance zu zeigen, was möglich ist mit Natur, Weite und Wasser zwischen Spreewald, Uckermark, Fläming und Seenland. Die stufenweise Rückkehr der Schüler an die Schulen bis zu den Sommerferien entlastet die Familien und stellt dafür die Arbeitsfähigkeit der Brandenburger Wirtschaft und Verwaltung langsam wieder her. Mit der Regelung zur erweiterten Notbetreuung ist ein weiterer Schritt getan. Zugleich ist es wichtig, dass den Arbeitnehmern mit Kleinkindern nun klar aufgezeigt wird, wann die Kitas regulär wieder öffnen werden.

Dazu **Peter Heydenbluth** für Brandenburgs IHKs: „Die Landesregierung muss jetzt gerade bei dem für Brandenburg strukturprägenden Gastronomie- und Beherbergungsgewerbe Farbe bekennen und Profil zeigen. Das ist unter klaren Hygiene- und Sicherheitsauflagen vertretbar. Ein Neustart in den nächsten Tagen sollte unbedingt ermöglicht werden, um ein vertrauensvolles Signal an die Branche zu senden und eine klare Perspektive aufzuzeigen für die Unternehmen, die das Sommergeschäft zur wirtschaftlichen Erholung brauchen, und für Privatpersonen, die ihren Urlaub jetzt verlässlich in Brandenburg planen möchten.“ Eine stufenweise Erhöhung der Auslastung im Beherbergungsgewerbe sei der richtige Einstieg mit dem Ziel der Maximalauslastung bis Ferienbeginn. Das Gleiche gelte für Restaurants, so Heydenbluth. „Gastwirte, Campingplatzbetreiber, Hoteliers, Ferienhausvermieter und Reiseveranstalter stehen in den Startlöchern und sind auf die strikte Umsetzung der Sicherheitsauflagen vorbereitet.“

Das Kippen der 800-Quadratmeter-Regelung für Verkaufsflächen im Einzelhandel und die damit verbundene Öffnung und Gleichbehandlung aller Geschäfte unter Auflagen begrüßen die drei Kammern ausdrücklich. Sie fordern aber weiterhin die flexible Handhabung bei den Sonntags- und Feiertagsöffnungen. „Eine Liberalisierung und Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten muss bis mindestens Ende 2021 erfolgen, um den Händlern die Möglichkeit zu geben, entfallene Einnahmen wieder reinzuholen. Schließlich werden viel mehr Menschen in diesem Sommer in unserem Land bleiben oder es besuchen. Diese Kundschaft müssen unsere Betriebe aus Handel und Tourismus bestmöglich bedienen können“, sagt Peter Heydenbluth.